



Verzeichnungsweise: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Im Oberamtsbezirk Calw für die einspaltige Seite 12 Pfg., außerhalb desselben 15 Pfg., Restanten 30 und 35 Pfg. Schluss der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags. Fernsprecher 9.

Samstag, den 7. Dezember 1918.

Bezugspreis: In der Stadt mit Frachttlohn Mf. 2.25 vierteljährlich, Postbezugspreis im Orts- u. Nachbarortsviertel Mf. 2.15, im Fernort Mf. 2.25, Bestellgeld in Württemberg 30 Pfg.

Amtliche Bekanntmachungen.
Oberamt Calw.

Aufhebung der fleischlosen Wochen vom 16. bis 22. Dezember 1918 und vom 6. bis 12. Januar 1919.

Der Vorstand der Reichsfleischstelle hat nach einer Mitteilung der Fleischverorgungsstelle für Württemberg und Hohenzollern beschloffen, die für die Zeit vom 16. bis 22. Dezember 1918 und vom 6. bis 12. Januar 1919 vorgesehenen fleischlosen Wochen aufzuheben. Es wird also auch in diesen Wochen Fleisch in der gleichen Menge wie seither abgegeben und zwar in der Woche vom 16. bis 22. Dezember 1918 gegen die auf der Reichsfleischkarte enthaltene „Bezugsmarke für die in der fleischlosen Woche vom 16. bis 22. Dezember 1918 an Stelle der gesetzlichen Wochenfleischmenge zu reichenden Ersatzlebensmittel.“ Die Bezugsmarke ist nur gültig im Zusammenhang mit dem Stammabschnitt. Für die auf den Kinderkarten enthaltenen Bezugsmarken, die kleiner sind als diejenigen der Vollkarten, wird nur die halbe Menge Fleisch, also 75 % gegeben. Personen, die auf Berücksichtigung in Wirtschaften angewiesen sind, können bei den örtlichen Fleischanweisungsstellen ihre Bezugsmarken in Wochenfleischkarten umtauschen.

In der Woche vom 6. bis 12. Januar ist das Fleisch gegen die ordentlichen Fleischmarken dieser Woche zu beziehen. Die (Stadt-)Schultheißenämter werden veranlaßt, hienach das Weitere einzuleiten und die Einwohnerschaft in ortsüblicher Weise zu verständigen.

Der von den Messgern auf 16. Dezember durch abgefertigte Bestellmarken nachgemessene Fleischbestellung wird wieder wie im Vormonat ohne weiteres ein Drittel zugeschlagen.

Calw, den 29. November 1918.
Oberamtmann Gös.

Flachs und Hanf.

Den Stadtschultheißenämtern zur Kenntnisnahme, daß die Anmeldung fleischerflachten Flaches und Hanfes an 1. Dezember 1918 und 1. März 1919 in Wegfall kommt, da sich diese infolge Neuordnung des Flachs- und Hanfkaufs für die Flachsban-Gesellschaft, Abt. Württemberg erübrigt. Es wird jedoch darauf hingewiesen, daß Flachs und Hanf nach wie vor für die Versorgung der Bevölkerung mit Web- und Seilerwaren beschlagnahmt und ablieferungspflichtig ist und nur an die mit Ausweisen versehenen amtlichen Ankaufverkaufer verkauft werden darf.

Calw, den 2. Dezember 1918.
Oberamtmann: Gös.

Abdunkelung wegen Fliegergefahr.

Sämtliche bezirks- und ortspolizeiliche Vorschriften, betreffend Verdunkelungsmaßnahmen zum Schutze gegen feindliche Luftangriffe werden aufgehoben. Eine Verstärkung der Quellen selbst, insbesondere bei der Straßenbeleuchtung, muß jedoch wegen der fortdauernden Notwendigkeit der Ersparnis von Gas und elektrischer Kraft vermieden werden.

Calw, den 4. Dezember 1918.
Oberamtmann Gös.

Auf die im Gewerbeblatt Nr. 47 erschienene Bekanntmachung der Zentralstelle für Gewerbe und Handel vom 21. November 1918 betreffend Wiedereröffnung der Bauhandwerkerschule in Viberach, Hall und Rottweil, werden die beteiligten Kreise hienach hingewiesen.

Das Gewerbeblatt kann bei den Herren Ortsvorstehern eingesehen werden.
Calw, den 2. Dezember 1918.
Oberamtmann Gös.

Bekanntmachung der Landesbrennholzstelle über Abfallholz vom 29. November 1918.

Die Zuständigkeit für die Erteilung der Erlaubnis zur Ausführung von Abfallholz über die Landesgrenze ist von der Landesbrennholzstelle an die wirtschaftstechnische Abteilung des Arbeitsministeriums, Landeskohlenstelle, Hotel Silber, Dorotheenstr. 2 in Stuttgart, übergegangen. Gesuche um Ausführerlaubnis sind daher nunmehr bei dieser Stelle anzubringen.

Die Ziff. IX unserer Bekanntmachung vom 20. ds. Mts. (Staatsanzeiger Nr. 279 S. 6) wird hienach berichtigt.
Stuttgart, den 29. November 1918.
Müller.

Verfügung des Arbeitsministeriums über den Verdienstausfall bei behördlicher Verkürzung der Arbeitszeit.

Vom 30. November 1918.

Als Staatskommissar für Demobilisierung verfüge ich:

1. Die Arbeitnehmer, die infolge behördlicher Verkürzung der Arbeitszeit während der Uebergangszeit in einer Kalenderwoche die in ihrer Arbeitsstätte ohne Ueberarbeit übliche Zahl von Arbeitsstunden nicht erreichen, erhalten eine Entschädigung des Verdienstausfalls (Erwerbslosenfürsorge), gemäß den Vorschriften der gegenwärtigen Verfügung.

2. Muß die Arbeitszeit auf weniger Wochenstunden beschränkt werden, als regelmäßig vor dem 15. November 1918 üblich waren, so hat der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer bei Lohn- und Akkordarbeit den Betrag auszuführen, der dem Verdienste in den tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden, mindestens aber 90 v. H. des regelmäßigen Arbeitsverdienstes, den der Arbeitnehmer vor dem 15. November 1918 erreicht hat, gleichkommt.

Betrag der regelmäßige frühere Arbeitsverdienst 65 Mark in der Woche oder weniger, so ist dem Arbeitnehmer der ganze frühere Arbeitsverdienst unverkürzt auszuführen; betrug er mehr als 65 Mark, jedoch weniger als 72 M. und 20 Pfg., so ist dem Arbeitnehmer der Betrag von 65 M. zu bezahlen.

3. Weigert sich ein Arbeitnehmer, während der ganzen, behördlich allgemeinen oder im Einzelfall zugelassenen Zahl von Wochenstunden zu arbeiten, so hat er nur Anspruch auf Entlohnung für die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden.

4. Die Arbeitgeber haben Zahlungsverzeichnisse zu führen, aus denen ersichtlich sein muß:

der Name des Arbeitnehmers,
die vor dem 15. Nov. 1918 übliche Zahl von Arbeitsstunden in der Woche,
der vor dem 15. Nov. 1918 regelmäßig erreichte wöchentliche Arbeitsverdienst,

die Zahl der in der Woche tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden,
der auf diese Arbeitsstunden entfallende wirkliche Verdienst, der dem Arbeitnehmer nach Nr. 2 ausbezahlte Wochenbetrag.

5. Die Zahlungsverzeichnisse sind vom Unternehmer jeweils nach Schluß der letzten Monatswoche abzuschließen. Die Richtigkeit der darin enthaltenen Angaben ist vom Arbeitgeber und von einem vom Arbeiterausschuß bezeichneten Mitglied dieses Ausschusses, beim Fehlen eines Ausschusses von einem von der Arbeiterchaft bezeichneten Vertrauensmann unterschreiblich zu bestätigen.

Die Zahlungsverzeichnisse sind sodann spätestens bis zum 8. des folgenden Monats der vom Ortsvorsteher bezeichneten Stelle vorzulegen.

6. Die Gemeinde berechnet den Unterschied zwischen den Beträgen, die den sämtlichen Arbeitnehmern eines Betriebs bezahlt worden sind, und denjenigen, die die Arbeitgeber in den tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden verdienten. Zwei Drittel des so berechneten Unterschieds werden den Unternehmern auf Rechnung der Erwerbslosenfürsorge alsbald aus Gemeindegeldern vorstufweise ausbezahlt. Die Auszahlung erfolgt vorbehaltlich der Berichtigung auf Grund der nach näherer Anweisung des Oberamts vorzunehmenden Nachprüfung der Zahlungsverzeichnisse.

7. Die Gemeinden legen eine Aufstellung über die von ihnen ausgelegten Beträge bis zum 20. des Monats dem Oberamt oder der von diesem bezeichneten Stelle vor.

Das Oberamt leitet den Erfah der von den Gemeinden ausgelegten Beträge durch die Amtskörperschaft in gleicher Weise wie den Erfah der übrigen Aufwendungen der Gemeinden für Zwecke der Erwerbslosenfürsorge ein. Für die anteilmäßige Erstattung der von der Amtskörperschaft hienach gemachten Aufwendungen gelten die Bestimmungen des § 11 der Verfügung des Arbeitsministeriums über Erwerbslosenfürsorge vom 28. November 1918 entsprechend. Jedoch sind die Aufwendungen auf Grund der gegenwärtigen Verfügung in besonderen Zusammenstellungen nachzuweisen.

8. Diese Verfügung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Sindemann.

Anzeigepflicht ansteckender Krankheiten.

Die Anzeigepflicht und die übrigen Bestimmungen bei gemeingefährlichen und übertragbaren Krankheiten werden für die Zeit der Demobilisation besonders nachdrücklich in Erinnerung gebracht.

Unverzüglich anzuzeigen ist jeder Fall der Erkrankung oder des Todes bei folgenden

I. gemeingefährlichen Krankheiten:

- 1. Ausatz, 2. asiatische Cholera, 3. Fleckfieber (Flecktyphus), 4. Gelbfieber, 5. Pest (orientalische Beulenpest), 6. Pocken (Blattern), 7. Milzbrand.

II. ansteckenden Krankheiten:

- 1. Diphtherie Halsbräune, echter Croup, 2. Fleck, Wurst-, Fisch-, Käse- und Konserververgiftung, 3. Triel-fieber, 4. übertragbarer Genickstarre, 5. Rindpestfieber (Wochenpest, Puerperalfieber), 6. Körnerkrankheit (Granulose, Trachom), 7. Rog, 8. Rückfallfieber, 9. übertragbarer Ruhr (Dysenterie), 10. Scharlach, 11. Tollwut, sowie Verletzungen durch tolle oder der Tollwut verdächtige Tiere, 12. Trichinose, 13. Typhus (Unterleibstypus, einschließlich Paratyphus, gastrischem Fieber, Nervenfieber, Schleimfieber und dergl.), 14. Wurmkrankheit, 15. akute epidemische Kinderlähmung.

III. Verdachtsfälle sind unverzüglich anzuzeigen bei:

- a) den unter oben Ziff. I 1-7 genannten Krankheiten, b) Rindpestfieber, c) Rog, d) Rückfallfieber, e) Tollwut f) Typhus.

Zur Anzeige sind verpflichtet:

a) bei Verdachts- oder Erkrankungsfällen, sowie bei Wohnungswechsel des Erkrankten:

- 1. der behandelnde Arzt,
2. jede sonst mit der Behandlung oder Pflege des Erkrankten gewerbs- oder berufsmäßig beschäftigte Person,
3. der Haushaltungsvorstand,
4. derjenige, in dessen Wohnung oder Behausung der Verdachts- oder Erkrankungsfall sich ereignet hat,

b) bei Todesfällen: der Leichenschauer.

Die Verpflichtung der unter Buchstabe a Ziffer 2 bis 4 genannten Personen tritt nur dann ein, wenn ein in einer vorausgehenden Ziffer genannter Verpflichteter nicht vorhanden ist.

Die Anzeige ist beim (St.) Schultheißenamt zu erstatten. Wer die Anzeigepflicht verlegt, unterliegt der gesetzlichen Bestrafung.

Wegen der Desinfektion wende man sich an den Arzt, die Ortsbehörde oder an das Oberamt.
Calw, den 2. Dezember 1918.
Oberamtmann Gös.

Handwerkerturse.

Die Zentralstelle für Gewerbe und Handel beabsichtigt in den nächsten Monaten folgende ganztägige Handwerkerturse in Stuttgart abzuhalten:

- 1. für Glaser:
a) im Aufreihen der verschiedenen Glaserarbeiten, Dauer 2 Wochen,
b) in Maschinenbehandlung, Dauer 1 Woche;
2. für Herrenschneider:
im Musterzeichnen, Dauer 2 Wochen;
3. für Damenschneider und Damenschneiderinnen:
im Musterzeichnen, Dauer 2 Wochen;
4. für Schreiner, Glaser usw.:
a) in Maschinenbehandlung, Dauer 1 Woche;
b) im Aufreihen von Möbeln und im Kalkulieren, Dauer 4 Wochen;
5. für Schuhmacher:
im Musterzeichnen, Zuschneiden und Schäffemachen, Dauer 3 Wochen;
6. für Tapezierer:
in der Aufstellung von Möblierungsplänen, im Entwerfen und Zuschneiden von Stoffdekorationen, in der Anordnung von Festdekorationen, Dauer 2 Wochen.

Anmeldungen bis spätestens 10. Dezember. Näheres im Gewerbeblatt Nr. 47, das u. a. bei den Herren Ortsvorstehern eingesehen werden kann.
Calw, den 2. Dezember 1918.
Oberamtmann Gös.

Die deutsche demokratische Partei.

Die deutsche Demokratie und ihr „verfeinertes“ Sohn, der deutsche Liberalismus, haben einen viel verschlungenen Weg hinter sich. Rein gefühlsmäßig kam die Idee der deutschen Demokratie schon in den Befreiungskriegen zum Ausdruck, als alle deutschen Stämme darin wetteiferten, das Joch der Unterdrücker des deutschen Volkes abzuschütteln. Die damals noch im Absolutismus befangenen Regierungen nützten wohl den patriotischen Geist aus, der jeder demokratischen Bewegung in hohem Grade innewohnt, aber als die deutschen Lande befreit waren, da fürchtete man ein Ubergreifen der Ideen der französischen Revolution auf die Völker Europas und unterdrückte jede freiheitliche Äußerung oder Organisation volkstümlicher Art. Die „heilige Allianz“, das Bündnis zwischen Rußland, Oesterreich-Ungarn und Preußen galt weniger der Außenpolitik, sie hatte vielmehr den Zweck, sich gegenseitig bei etwaigen Revolutionen zu unterstützen. Anstatt dem Volke Freiheit zu geben, wurden in den Jahren nach den Befreiungskriegen die schärfsten Polizeimaßnahmen ergriffen. Die Jahnschen Turnvereine und die Burschenschaften auf den Universitäten, die für die Einigung aller deutschen Volksstämme eintraten, aber auch für die Freiheit des Volkes, wurden als staatsgefährliche Elemente betrachtet und verfolgt, sobald die Erbitterung im deutschen Bürgertum, das sich um seine im Kriege versprochenen Freiheiten betrogen sah, dauernd sitzte. Und diese Erbitterung gegen das harte Beamten- und Polizeiregiment schaffte sich in der Revolution von 1848 Luft, in der so ziemlich das gesamte demokratisch geführte Bürgertum sich gegen das absolutistische Regiment auflehnte. Aber die 48er Bewegung hatte neben ihrem bürgerlich-freiheitlichen Charakter einen ausgesprochen nationalen Geist. Man erstrebte wenigstens ideell die deutsche Republik mit Einschluß der österreichischen Stammesgenossen, die praktische Ausführung scheiterte allerdings an der militärischen Macht der Dynastien. Diszipliniert und rechtlich denkend, wie das deutsche Bürgertum nun einmal war, begnügte man sich mit der Erreichung gewisser staatsbürgerlicher Rechte, und überließ im übrigen die staatliche Vollzugsgewalt wieder den bisherigen Machthabern. Die Einigung der deutschen Stämme mit Ausschluß Deutsch-Oesterreichs geschah dann unter Führung Preußens. Die Demokraten Süddeutschlands, die alle glühende Anhänger einer großdeutschen Einigung waren, betrachteten diese Lösung mit Mißtrauen, nicht deswegen, weil sie den Zusammenschluß des größten Teils der deutschen Stämme nicht gewünscht hätten, sondern weil man in dem preussischen Regierungssystem den Hort der Reaktion gegen jede freiheitliche Entwicklung sah. Ein Bismarck, der seinerzeit dem Könige angeboten hatte, die Revolution mit seinen Märkern zu ersticken, der die liberale Mehrheit des preussischen Abgeordnetenhauses in der Konfliktzeit einfach übersehen, und seine Heeresreformen gegen sie durchgesetzt hatte, konnte ihnen natürlich nicht als das Ideal eines Volksführers gelten. Und dieses Gefühl, bei manchen verständnismäßig erfaßt, bei den meisten nur im Unterbewußtsein als Oppositionsgeist vorhanden, hat sich bei den Demokraten bis in die letzten Jahre erhalten, und der preussische Herrengeist wurde begreiflicherweise immer mit denselben parlamentarischen Mitteln bekämpft, wie zur Konfliktzeit, d. h. mit der Opposition gegen größere Heeresvermehrungen, weil man darin die Machtmittel der Regierung sah. Es ist nötig, daß man das einmal klar feststellt, weil neben den Sozialisten auch gerade den Demokraten in den letzten Jahrzehnten stets der Vorwurf gemacht wurde, sie hätten kein vaterländisches Gefühl, weil sie immer gegen die Forderungen für Heer und Marine gestimmt hätten. Nicht die Einrichtung des Heeres als solche, sondern das System war es, das die Demokraten bekämpften, weil sie der Ansicht waren, daß das Heer nicht zur Waffe des Volkes, sondern zum Selbstzweck herangezogen wurde, zum Paradestück, das durch äußeren Glanz und Kraftentwicklung imponieren sollte. Gerade aber diese Auffassung, die monarchistisch gesinnte Kreise als das wirkungsvollste Mittel zur Aufrechterhaltung des monarchischen Gedankens betrachteten, war es, die unseren Feinden die Handhabe für ihre Propaganda gegen den an sich nach außen hin harmlosen deutschen Militarismus bot, der die 44 Jahre seit Gründung des Reichs nur zur inneren Volks-„Erziehung“ benützt worden war, während man ihn als wirkliches Instrument der Machtentwicklung hätte benützen können, sodaß Deutschland mit einem solchen Heere und solchen wirtschaftlichen und kulturellen Leistungen tatsächlich an der Spitze der Großmächte hätte marschieren können.

Die 70er Jahre waren es denn auch, welche ideell und praktisch die Demokraten und Liberalen auseinandertrieben. Es waren dafür verschiedene Beweggründe maßgebend. Die Nationalliberalen, die größtenteils das bestehende Bürgertum, die Großindustrie umfaßten, machten die äußere Glanzzeit des mit Riesenschritten aufstrebenden Deutschen Reichs mit, die Demokraten, deren Anhängerschaft sich aus dem gewerblichen Mittelstand, Angestellten und den gehobenen Arbeitern zusammensetzte, fühlten sich politisch in die Opposition gedrängt, weil sie prinzipielle Reformen und Sinnesänderungen vom Staatsorganismus verlangten. Die Fragen der Heeresvermehrung, Steuer- und sozialpolitische Gegensätze, sowie Meinungsverschiedenheiten über das Maß der sozialen Gesetzgebung, und eingeständenermaßen auch das gesellschaftliche Moment, das alles trug dazu bei, daß Demokraten und Liberale auseinanderstrebten, und dadurch andern Parteien zur Linken und zur Rechten bei den Wahlen wie bezüglich des politischen Einflusses nachstanden. Erst in den letzten Jahren merkten die Liberalen infolge des ungeheuren Anwachsens der sozialistischen Stimmen, daß der Liberalismus andere Wege ein-

schlagen mußte, um wieder zur Bedeutung zu kommen. Es entstanden die parteipolitisch neutralen, liberalen Vereine, die aber schließlich beim Zusammenschluß des norddeutschen Freisinn und der süddeutschen Demokraten in der Deutschen Volkspartei aufgingen. Auf national-liberaler Seite machte sich ebenfalls das Bedürfnis bemerkbar, größere Schichten des Volkes zu erfassen, und diesem Bedürfnis trugen die jungliberalen Vereine Rechnung, die mehr das liberale Moment in den Kreis ihrer Aufgaben stellten, und dadurch öfters mit dem rechten Flügel der Partei in Kollision gerieten. Einen greifbaren Erfolg hatte dann das Stichwählbündnis zu den Reichstagswahlen 1912. Und heute endlich, da das deutsche Volk seinen Führern blindlings ins Verderben gefolgt ist, haben sich die Liberalen u. Demokraten zusammengesunden, um gemeinsam am Wiederaufbau des zusammengebrochenen Vaterlandes zu arbeiten. Jetzt müssen wieder alle jene Ideale der Freiheitskriege und der 48er Jahre hervorgeholt werden, vermehrt durch die Forderungen einer neuen Zeit, die den sozialen Gemeinschaftsgedanken noch weiter ausgebaut hat. Und alle die Forderungen, die der Bürger eines modernen Staats zu stellen hat, sie hat auch die neue demokratische Partei auf ihr Programm geschrieben. Zuerst natürlich kämpft die Partei für ein freies, einig, großes Deutschland, für das Angehörige der Blüte des schärfsten Nationalismus in Europa jeder Deutsche eintreten muß, der sich nicht selbst aufgibt. Die Partei stellt sich auf den Boden des Freistaats (der Republik), sie tritt für Volksbildung und Staatsvereinfachung ein, für Fortschritt und Wirtschaftlichkeit, für Klassenverbündung und schrittweise Sozialisierung, für guten Verdienst und menschenwürdiges Dasein, für Arbeiterlohn und gegenseitige Abrüstung, für Völkerbund und Vaterland. Das sind alles Forderungen, deren Zweck und Ziel klar ist, und die jeder wahrhaft deutsch Gesinnte und jede deutsche Frau im Interesse der Erneuerung unseres Vaterlandes zu ihrem eigenen Programm machen sollten. O. S.

Die Vergewaltigungspolitik der Entente.

Die Entente verbietet die deutsche Schifffahrt in der Ostsee.

Berlin, 7. Dez. England hat in Kopenhagen amtlich mitgeteilt, daß die deutsche Schifffahrt von der Entente in der Ostsee nicht mehr zugelassen wird. Dänische Schiffe können zwar fahren, aber es muß vorher eine Verständigung über die einzunehmende Ladung erfolgt sein. Nur Kali und Kohle, Halb- und Ganzfabrikate dürfen noch aus Deutschland ausgeführt werden. Auch Dänemark darf nur jene Nahrungsmittel, die auf Grund der Wirtschaftsabkommen vereinbart sind, ausführen. Ähnliche Nachrichten liegen aus Holland vor. Die neue Maßnahme ist eine unerhörte, mit den Wilsons-Plänen nicht zu vereinbarende Verschärfung der Waffenstillstandsbedingungen. Sie bedeutet eine weitere Knebelung des Gegners, der zuerst entwaffnet wurde, und eine neue Verschärfung unserer schweren Ernährungsfrage durch die unausbleibliche Erhöhung der Arbeitslosigkeit. Und all dies, nachdem man immer nur von Recht und Gerechtigkeit sprach.

Der Waffenstillstandsvertrag von der Entente vollständig ausgeschaltet.

Berlin, 7. Dez. Von der Fortsetzung der Waffenstillstandsverhandlungen zur See und deren Ausführung erfahren wir von zuständiger Stelle folgendes: Die Alliierten verlangen nicht nur die Rückgabe aller in Deutschland internierten Schiffe, sondern auch aller Schiffe, die durch Preisgericht rechtskräftig zur Einziehung verurteilt sind. Nach den Bestimmungen des Völkerrechts sind diese Schiffe deutsch. Es ist daher gegen das Verlangen ihrer Auslieferung protestiert worden. Admiral Browning hat jedoch die Erörterung jeder Rechtsfrage abgelehnt und verlangt die Ausführung seiner Forderung. Die Abgabe aller feindlichen Handelschiffe soll für England und Belgien in Lyne, für Frankreich in Dünkirchen erfolgen. Die Schiffe sollen mit Proviant und Kohle ausgerüstet sein. Nichtfahrbereite Schiffe und Segelschiffe sollen von deutschen Schleppern übergeführt werden. Trotzdem für die Ablieferung der Handelschiffe kein Termin vorgesehen war und obwohl eine Klärung der Lage durch die Schuld des Gegners verzögert worden ist, verlangt die englische Kommission die Rückgabe sämtlicher Handelsfahrzeuge bis zum 17. Dezember. Gegen diese unberechtigte Forderung ist von deutscher Seite Protest eingelegt worden. Bemerkenswert ist, daß die Entente fordert, daß sobald die Unterbringungsverhältnisse an Land es gestatten, sämtliche Kriegsschiffe außer Dienst gestellt, die Befragungen also an Land untergebracht werden. Eine ganz neue Forderung der Entente stellt das Verlangen dar, nach den neuesten Quellen eine Liste aller fertigen und im Bau befindlichen Kriegsschiffe einschließlich Luftfahrzeuge und Hilfskriegsschiffe, sowie aller fertigen und im Bau befindlichen U-Boote, die jetzt in deutschen Marinehäfen liegen, zu übergeben, ferner innerhalb 48 Stunden eine Mitteilung, bis wann der Panzerkreuzer „Mackensen“ zum Geschleppertwerden nach einem bestimmten Hafen bereit sein werde. Weiter soll eine Erklärung abgegeben werden, daß seit Abschluß des Waffenstillstandsvertrags keine deutschen Handelschiffe mit irgend einer neutralen Flagge übergeführt worden

sind. Ferner ist Besichtigung von Friedrichshafen wegen der dort liegenden Luftstreitkräfte verlangt. Diese Forderungen gehen weit über die Festsetzungen des Waffenstillstandsvertrags hinaus.

Französische Forderungen zur Aufrechterhaltung der Rheinschifffahrt.

In Mannheim hat, nach dem Stuttgarter „Neuen Tagblatt“ eine Besprechung von deutschen Rheinschiffahrt-Interessenten mit französischen Offizieren stattgefunden, die den Zweck hatte, die durch die feindliche Besetzung des linken Rheinufer und der Rheinfestungen entstehenden Fragen der Schifffahrt zu ordnen. Wie überall, wo feindliche Vertreter mit Deutschen zusammenkommen, wurde von französischer Seite zunächst die Entfremdung der Arbeiter- und Soldatenräte in den Rheinhafensstädten als Grundlage für die ungestörte Abwicklung des Verkehrs gefordert. Wie unsere von besonderer Seite stammende Information weiter mitzuteilen weiß, verlangten die französischen Unterhändler die Abschaffung des Achtstundentags (der allerdings auch den Schiffsladedienst ungemein stark beeinträchtigt), ferner Einführung des Arbeitszwangs (wohl im Sinne des früheren Hilfsdienstes). Die Ordnung in den Hafensstädten der neutralen Zone soll nach französischer Forderung durch strengste Maßregeln, so auch durch Verhängung der Todesstrafe bei schweren Störungen der Arbeit, aufrecht erhalten werden. Ob diese französischen Bedingungen bereits zur Grundlage eines Schifffahrtsabkommens gemacht worden sind, ist noch nicht bekannt. Ihre Annahme wird wohl aber nötig werden, wenn man nicht die auch für unsere Rohstoffe, besonders Kohlenversorgung, so ungemein wichtige Rheinschifffahrt will zum Erliegen kommen lassen. Jedenfalls zeigt das Vorgehen der Franzosen wieder deutlich, daß nur demokratisch gewählte Behörden Aussicht darauf haben, zu Unterhandlungen über bindende Abmachungen von unseren Feinden zugelassen zu werden. Woraus für jeden klare Folgerungen zu ziehen sind, der nicht mit den Politikern der Spartakusgruppe eine feindliche Okkupation für ganz erwünscht hält, da sie zur Vorbereitung der Weltrevolution beitragen könnte.

Der „Völkerbund“.

London, 5. Dez. In einer Rede in Dundee erklärte Churchill, die britische Regierung würde auf der Friedenskonferenz die allgemeine und vollständige Abschaffung der Militärdienstpflicht fordern. — Lord Cecil teilte in einer Rede mit, daß die Regierung ihn aufgefordert habe, die Leitung des Teiles der britischen Friedensdelegation zu übernehmen, die sich mit der Organisation des Völkerbundes beschäftigen solle. Er habe die Aufforderung angenommen. — Natürlich, wenn die Militärdienstpflicht abgeschafft wird, und nur England und Amerika ihre Kriegsschiffe beibehalten, dann können sie leicht die Welt beherrschen.

Deutschland soll nie mehr eine Großmacht werden.

Berlin, 5. Dez. Nachrichten aus Holland zufolge wird die englische Regierung bei den Friedensverhandlungen fordern, daß Deutschland seine Flotte mehrere Jahre lang in den Verbandsländern interniert lassen müsse. England vertritt diese Forderung, um zu verhindern, daß Deutschland als Militärmacht nochmals Bedeutung erlangen kann.

Der englische Flottenbau während des Krieges.

London, 5. Dez. (Reuter.) Nach dem Marinekorrespondenten der „Times“ wurden seit Beginn des Krieges 21 britische Schlachtschiffe gebaut, wovon einige einer Klasse angehören, über die das größte Stillschweigen bewahrt wird. Es verlautet, daß sie 800 Fuß lang seien, eine Wasserverdrängung von 30 000 Tonnen besäßen und eine Geschwindigkeit von 30 bis 35 Knoten erreichen könnten. Sie könnten auch in seichtem Wasser benutzt werden.

Die französische Sozialistenpresse gegen die Geheimverhandlungen der Ententemachtgeber.

(W.B.) Bern, 5. Dez. Die Geheimverhandlungen der Londoner Konferenz scheinen in den linksstehenden Kreisen Frankreichs außerordentlich verstimmt zu haben. Wenigstens läßt sich dies aus einem Artikel Cachins in der „Humanité“ entnehmen, in dem erklärt wird, daß die alliierten Regierungen während des Krieges den Völkern verkündet hätten, der Krieg werde geführt, damit sie über sich selbst verfügen könnten. Man habe diese feierliche Verkiündung ernst genommen. Aber weder die Kammer, noch die Parlamentsausschüsse wurden jemals über die diplomatischen Machenschaften auf dem Laufenden gehalten. Gewisse Abmachungen wurden in den letzten Tagen stückweise einigen Deputierten und Journalisten enthüllt, aber angesichts der brutalen Zensur sei es unmöglich, sie auch des weiteren auszugeben. Dieser Zustand dürfe nicht länger geduldet werden. Dieser energische Mahnruf Cachins ist auch im „Populaire“ bei einer kurzen Besprechung der Wilsonbotschaft aufgenommen worden.

Warum neutrale Gesandte gehen müssen.

Amsterdam, 6. Dez. Aus einer Depesche des Reuterschen Bureaus aus Peking vom 30. 11. geht hervor, daß die Alliierten den niederländischen Gesandten in Siam und Peking ihre Deutschfreundlichkeit zum Vorwurf machen und offenbar eine systematische Heße gegen die beiden ihnen unbequemen diplomatischen Vertreter begonnen haben.

Bekanntmachung

des
Württ. Kriegsministeriums.

Nr. 41908 R. 18 W.R.

Alle Zivilbehörden (Oberämter, Schultheißenämter, Ortspolizei-
behörden) werden ersucht, über Liegeplätze schadhaft gewordener, ver-
lassener Heereskraftfahrzeuge unter Benennung der Erkennungsnummern
und etwa vorliegenden Beschädigungen Mitteilung an den Kraftfahr-
offizier beim Kriegsministerium (Fernsprecher 12450) zu machen damit
zur Veranlassung dieses wertvollen, für die Uebergangswirtschaft unentbehr-
lichen Gerätes geschritten werden kann. Vorläufige befehlsmäßige
Veranlassung: Sicherung gegen Witterungseinflüsse durch Ablassen des
Kühlwassers und Abdecken, gegen Diebstahl durch geeignete Unter-
bringung und Entfernung abnehmbarer Teile ist dringend erwünscht.
Gleichzeitig wird wiederholt vor Ankauf solcher Fahrzeuge und
deren Bestandteilen sowie vorhandenen Betriebsstoff, Vereisung, Werk-
zeug gewarnt.

Der Leiter des Kriegswesens:
Fischer.

Die Ausstellung der Fleischbezugs- scheine für Wirte usw.

erfolgt gegen Ablieferung der von den Gästen eingenommenen Fleisch-
marken am

Dienstag, den 10. Dezember 1918,

während der üblichen Sprechstunden auf dem Oberamt.

Die bisherigen Bezugsscheine sind mitzubringen.

Nachzügler können nicht berücksichtigt werden.

Calw, den 5. Dezember 1918.

Oberamtmann G. S.

Arbeiter-Stiftung.

Am Sonntag, den 22. Dezember 1918, vormittags 11 Uhr,
kommt im Lesezimmer des Georgenraums die Arbeiterstiftung wieder
zur Verteilung.

Diejenigen Handwerker, welche bei einem hiesigen Meister
wenigstens die letzten 3 Jahre gearbeitet haben und hierfür gute Zeugnisse
vorlegen können, werden, soweit sie nicht in einem der letzten 5 Jahre
ein Prämium bekommen haben, aufgefordert, sich bis spätestens
14. Dezember 1918 mit ihren Zeugnissen bei der Stadtpflege hier
zu melden.

Die Arbeitgeber des Großgewerbes werden gebeten, die Meldungen
zu Prämien aus der Arbeiterstiftung in der üblichen Weise auf den
selben Termin (14. Dezember 1918) an die Stadtpflege zu richten. Da
sich die Reihenfolge für die Zulassung zu der Prämienverteilung nach
dem Lebensalter richtet, sollten auf den Meldungen die Geburts-
tage der Bewerber angegeben werden.

Die Einberufung eines Bewerbers zum Kriegsdienst bildet beim
Zutreffen der sonstigen Voraussetzungen kein Hindernis für die Zulass-
ung zur Stiftungsverlosung.

Calw, den 5. Dezember 1918.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats des Georgenraums:
Dr. Knobel.

Gewerbeschule Calw mit Handelsabteilung.

Für nicht mehr schulpflichtige Teilnehmer sollen baldmöglichst
in den Unterrichtsbetrieb der Gewerbeschule

Fortbildungs-Kurse

eingegliedert werden und zwar für Gewerbetreibende in den Un-
terrichtsfächern Projektionslehre, angew. Geometrie, Fachzeichnen,
Kostenberechnen und Buchführung, für kaufm. Berufe im schrift-
lichen Verkehr, in Buchführung und Buchführung und im kaufm.
Rechnen.

Der Unterricht würde in den Abendstunden erteilt werden.

Zur Feststellung, ob ein Bedürfnis für diese Einrichtungen in
unserem Bezirk vorliegt, wollen die Anmeldungen zur Teilnahme
an diesen Kursen baldmöglichst gemacht werden beim

Calw, 7. Dezember 1918.

Vorstand der Gewerbeschule
Albinger.

Selbständige

Monteure und Helfer

für elektrische Licht- u. Kraftanlagen,
sodort gesucht.

Zu melden bei Obermonteur Krentel, Althengstett.

Pflege-Stelle-Gesuch.

Suche in nur gutem Hause für
1 Mädchen von 6 Wochen, aus
guter Herkunft

pass. Pflegestelle

bei bester Bezahlung.

Angebote unter B 22 an die
Geschäftsstelle des Blattes.

Wegen Erkrankung meines bis-
herigen Mädchens suche ich sofort
ein tüchtiges

Mädchen

für Küche und Haushalt bei hohem
Lohn.

Paul Nonnenmann, z. Wald-
horn Hirsau.

Gesucht auf 1. Januar ein zu-
verlässiges fleißiges

Mädchen

nicht unter 24 Jahren, das im
kochen sowie im Haushalt gut be-
wandert ist. Wo sagt die Geschäfts-
stelle des Blattes.

Suche für sofort spätestens 1.
Januar ein

Mädchen

das schon gedient hat.

Frau Fabrikant Hippel, in
Uhländstraße.

Dienstboten gesuche

sind in unserem Blatte
stets von Erfolg, da der
grösste Teil der Auf-
lage auf dem Lande
Verbreitung findet. ---

Für meinen kleinen Haushalt
suche ich auf 15. Januar oder 1.
Februar älteres zuverlässiges

Mädchen oder Frau

da ich selbst im Geschäft zu tun habe
Frau Bischof, Marmorwerk,
Leinach.

Einen kräftigen

Jungen

nimmt bis Neujahr oder später in
die Lehre.

Ad. Siebenrath Küfermeister.

Zur Abholung eines Ufers am
Hirsauer Weg sucht

2 Mann

Bäckermeister Such.

Prima

Tranfett

sowie

Wagenfett

empfehlenswert

Albert Wochle, Lederhdg.

Württemberg!

Das Volk ist aufgerufen zur Volkswahl, die den
Vollstaat begründet und unsere Zukunft bestimmt.

Die Ereignisse folgten sich Schlag auf Schlag. Die Feinde einer
ganzen Welt waren übermächtig. Die Politik Deutschlands war
nicht vorausschauend, weder im Frieden, noch im Krieg.

Der Krieg ist verloren, der Staat ist erschüttert, der Kaiser hat
seine Krone eingebüßt und die Fürsten Deutschlands in seinem
Sturz mitgerissen. Die Republik ist ausgerufen. Das Heer kehrt
zurück in die leidende Heimat. Der Feind hat den Waffenstillstand
verzögert, um die natürliche und die künstliche Gärung zu steigern.
Er erprecht den härtesten Frieden, droht einzurücken und will deut-
sches Gebiet abreißen.

Nie hat das Vaterland seine Söhne nötiger gebraucht. Es gilt,
Deutschland aufzubauen.

Die Aufgabe ist groß und lastend, wie der Uebermut des
brutalen Feindes; auch im Innern versuchen die Nach-
ahmer des Bolschewismus, der Russland zu Grunde ge-
richtet hat, Deutschland zu zerrütten und zu zerfleischen. Sie
sähen den Regierungswillen und den Arbeitswillen in dem
Augenblick höchster Gefahr; sie untergraben den Kredit, sie dis-
kreditieren die neue Freiheit und schufen durch die
Verschleppung der Volkswahl dem Feind einen willkommenen
Grund zur Verschleppung des Friedens.

Das deutsche Volk aber dürftet nach Gerechtigkeit und Geset-
lichkeit, diesen Quellen der Kraft und der Sicherheit.

Um die Freiheit zu begründen, müssen wir sie
gegen jedermann verteidigen.

Mitbürger, Mitbürgerinnen!

Die Stunde fordert Einigkeit des Willens und des Handelns.
Jeder muß Farbe bekennen und Partei ergreifen.

Die freiheitlich gesinnten Staatsbürger in ganz Deutschland
haben sich vereinigt zu einer

einzigen großen demokratischen Partei.

Dem öffentlichen Leben soll sie Kraft, Klarheit und Richtung
geben.

In der „Deutschen demokratischen Partei“ arbeiten freiheitlich
zusammen die Mitglieder der Volkspartei, deren Väter 1848
für Freiheit und Einheit stritten, die Liberalen der national-
liberalen Partei, die von der Notwendigkeit einer demokratischen
Politik sich überzeugt haben, und die Männer, die Frauen
und die Jungen, die neu in das politische Leben einzutreten
für ihre Pflicht erkennen.

Männer und Frauen!

Wir kämpfen einen guten Kampf

für Deutschland und die Reichseinheit,
für Frieden und Freistaat,
für Volksbildung und Staatsvereinfachung,
für Fortschritt und Wirtschaftlichkeit,
für Klassenversöhnung und schrittweise Sozialisierung,
für guten Verdienst und menschenwürdiges Dasein,
für Arbeiterschutz und gegenseitige Abrüstung,
für Völkerverbund und Vaterland.

Das Reich muß sich verjüngen. Ein Bundesstaat mit Oester-
reich, Raum für den süddeutschen Freiheitsinn ohne Ber-
liner Zentralisation!

Kein Krieg und keine Klassenherrschaft!

Frieden auch im Innern. Fort mit jeder Diktatur! Schutz
dem Volkswillen, Schutz der Gewissensfreiheit und jedem reli-
giösen Bekenntnis, Schutz der persönlichen Freiheit und dem Eigen-
tum, wo es nicht die Allgemeinheit schädigt.

Soldaten und Bauern,
Arbeiter und Bürger,
Frauen und Mütter!

Ihr alle verlangt mit uns, daß der Staat euch schütze, besser
als bisher. Ihr verlangt, daß er die Staatslasten mit
unerbittlicher Gerechtigkeit verteilt und die Le-
bensbedingungen auch der Unbemittelten so gestaltet, daß jeder
fähige und fleißige Arbeiter sich das eigene Heim
aufbauen kann.

Das sind Menschheitsziele, würdig des Vollstaats, der den
Volkswillen vertritt, wenn er die Würde des Reichs wahrnimmt
nach innen wie nach außen.

Landleute!

Unser Vaterland und in ihm unser Württemberg kann
und muß durch die politische, wirtschaftliche und geistige Arbeit
seiner Bürger emporgeführt werden in eine schönere Zukunft.

Dazu hilft jeder, der eintritt in unsere Reihen,

Die Deutsche demokratische Partei.

Der Hauptauswah.

Conrad Haußmann, Vorsitzender,

Julius Baumann, stellv. Vorsitzender,

Peter Brudmann (Heilbronn), Dr. Alfred Dreßler, Dr. Hugo
Elsas, Johannes Fischer, Gewerkschaftssekretär Fuchs, Hähle
(Ulm), Abg. Herrmann (Blaufelden), Handwerkskammersekretär
Hermann (Reutlingen), Parteisekretär Hopf, Paul Fla, Franz Olga
Kauffmann, Thelma Kaufmann, Oberbürgermeister Red (Göppingen),
Gemeinderat Kübel (Cannstatt), Postsekretär Kübler (Geis-
lingen), Theodor Piesching, Frh. Payer, Mathilde Pfland, Dr.
Erich Schmid, Johannes Walz, Philipp Wieland (Ulm).

Eine größere Anzahl

Risten

in kleiner und mittlerer Größe sind
abzugeben.

Buchhandlung Häußler.

Zu vermieten ein

Zimmer

mit Kochofen und eine

Bühnenkammer.

Näheres Nonnengasse 144.

Die Polen als Herren in der deutschen Provinz Polen.

In Polen wurde der polnische Landtag mit Glockengeläute und einem Festgottesdienst, dem etwa 500 Abgeordnete beiwohnten, feierlich eröffnet. Überall sieht man an den Häusern, Schaufenstern und Ballonen polnische Farben, Bilder polnischer Volkshelden und weiße Adler auf rotem Grunde. Gegen Mittag, nach dem Gottesdienst, bewegte sich der Zug der Delegierten und Vereine, etwa 10 000 Teilnehmer, von der Pfarrkirche nach dem Apollosaal, wo die Landtagsitzung stattfindet. Der Jubel des die Bürgersteige dicht besetzt haltenden polnischen Volkes war groß, und stürmische Zurufe ertönten. Am Wagen des Erzbischofs wurden die Pferde ausgespannt. Als erstem Redner wurde im Landtag dem Reichstagsabgeordneten Korjanty das Wort erteilt, der die Huldigungsdelegierten des Landtages an die Vertreter eines freien vereinigten Polens: den Papst, Wilson, Clemenceau, Lloyd George, Orlando, das Brudervolk der Tschechen, die Südslawen, ferner an die Einwohner von Lemberg für die wackere Verteidigung und Befreiung Lembergs, das österreichische Schlesien und endlich auch an den Marschall Joch verlas, dem die Polen zu ganz besonderem Danke verpflichtet seien.

Die Gewalttätigkeiten der Tschechoslowaken in Deutschböhmen.

Reichenberg, 5. Dez. Das Presseamt der Landesregierung für Deutschböhmen meldet: Als Protest gegen die Gewalttätigkeiten der tschecho-slowakischen Truppen in Deutsch-Böhmen und gegen das Verlangen der Tschechen, daß sich die Eisenbahner Deutsch-Böhmens der tschechischen Regierung unterwerfen sollen, veranstalteten die Eisenbahner Deutsch-Böhmens heute einen Demonstrationstreik. Auf sämtlichen Linien der Eisenbahnen Deutsch-Böhmens ruhte von 12 Uhr mittags bis 6 Uhr abends der Verkehr. — Vorgestern marschierten in Bischofteinitz 500 Mann slavisches Militär ein, ohne auf Widerstand zu stoßen. Trotzdem wurden 5 deutsche Bürger, die bisher für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, sowie für die Nahrungsmittelversorgung tätig waren, als Geiseln abgeführt. Zur Bewachung der Stadt wurden 150 Mann tschecho-slowakische Truppen zurückgelassen.

Zur Waffenstillstands- und Friedensfrage.**Die feindlichen Bestimmungen im besetzten Gebiet.**

Köln, 6. Dez. Die Kölnische Zeitung meldet aus München-Gladbach vom 5. Dezember: Heute wurde hier ein Befehl des belgischen Stadtkommandanten Oberleutnant Nethebaert, angeschlagen, der im Großen und Ganzen die gleichen Bestimmungen enthält wie die in Brüssel. Diese Bestimmungen sind jedoch in einigen Punkten gemildert. So heißt es z. B. nicht, daß diejenigen, die mit Waffen getroffen werden, erschossen, sondern verhaftet werden. Ferner ist der Zwang der Bürger, die Offiziere zu grüßen, weggefallen.

Düren, 6. Dez. Eine amtliche Rundgebung der britischen Besatzungsbehörde in Düren enthält u. a. folgende Punkte: Ohne Ausweis des Führers der Besatzungstruppen darf niemand das von den Truppen besetzte Gebiet verlassen. Von 6 Uhr abends bis 7 Uhr morgens deutscher Zeit darf niemand seine Wohnung verlassen. Nach 9 1/2 Uhr darf in Privathäusern kein Licht mehr brennen, außer in den behördlichen Büros und den der Behörden der Einquartierung. Alle Wirtschaften müssen um 7 1/2 Uhr abends geschlossen werden. Bestimmte Wirtschaften sind zum Besuch der Militärpersonen bis 9 1/2 Uhr geöffnet. Auf Verlangen der Militärbehörden muß auch Bier nach Bedarf zur Verfügung gestellt werden. Fernsprecher und Telegraph werden von den Besatzungstruppen übernommen. Die Benutzung durch das Publikum ist untersagt. Jeder Verkauf von Spirituosen ist verboten. Waffen und Munition sind abzugeben. Für feindselige Handlungen gegen die Besatzungstruppen wird der Bürgermeister verantwortlich gemacht. Zeitungen dürfen ohne schriftliche Erlaubnis der Militärbehörde nicht gedruckt oder ausgegeben werden. Die Benutzung von drahtloser Telegraphie, sowie der Verkehr mit Brieftauben ist untersagt. Die Achtung vor den britischen Offizieren haben alle deutsche Männer durch Ziehen der Kopfbedeckung zu bezeugen, desgleichen beim Absingen der Nationalhymne. Die Mitglieder der Militärgerichtsbarkeit der Besatzungsarmee haben jeden Vorstoß gegen die englische Militärhoheit abzuurteilen. — Jetzt hat man bei uns vielleicht doch einen Begriff von der Gefinnung des Feindes gegen das deutsche Volk.

Gutes Benehmen der Amerikaner im besetzten Gebiet.

(W.T.B.) Berlin, 6. Dez. Wie ein soeben aus Trier zurückgekehrter Vertreter des Auswärtigen Amtes mitteilt, vollzieht sich der Einmarsch der amerikanischen Truppen ohne jede störende Begleiterscheinung für die deutsche Bevölkerung. Das Urteil aller deutschen Kreise, so des Landesbeherrschers, wie des Mannes auf der Straße, geht dahin, daß das Benehmen der Amerikaner tadellos ist. Alles geht seinen gewohnten Gang. Die amerikanischen Kolonnen nehmen die größte Rücksicht auf

den zivilen Straßenverkehr. Das vorgeschriebene amerikanische Hauptquartier hat sich seit Sonntag im neuen Regierungsgebäude eingerichtet. Keinerlei Erlasse sind ergangen, die irgend welche Beunruhigung in der Bevölkerung hervorrufen können. Ein höherer Offizier vom amerikanischen Hauptquartier versicherte ausdrücklich, daß es der Wunsch der amerikanischen Führer sei, die Bevölkerung in keiner Weise zu quälen. Am 9. Dezember werden die amerikanischen Linien gegen Coblenz vorgeschoben sein.

Belgische Schikanen.

(W.T.B.) Düsseldorf, 6. Dez. Die Absperrung des linksrheinischen Stadtteils von dem neutralen Stadtgebiet wird sehr streng durchgeführt. Diese soll durch Stacheldraht abgeperrt werden. Auf dem Hotel, in dem die belgischen Offiziere wohnen, weht die belgische Flagge. Die Schiffe, die trotz des Verbots noch auf dem Rhein fahren, wurden durch Warnungsschiffe zum Halten gebracht. Durch die Absperrung des neutralen Stadtgebiets von der linken Rheinseite ist die Milchzufuhr abgeschnitten und die Ernährung von Säuglingen und Schwerkranken gefährdet. Auf das Telegramm an Erzberger ist bisher noch keine Antwort eingegangen.

Die deutschen Barbaren.

Bern, 5. Dez. Wie „Petit Parisien“ aus Brüssel erfährt, sind die von den Deutschen aus Nordfrankreich fortgeschafften Kunstgegenstände alle oder fast alle gerettet und in Brüssel in Sicherheit. — Die Kunstgegenstände waren doch nur weggeführt worden, um sie vor dem Feuer der Alliierten zu retten.

Immer wieder die Frage der Bestrafung des Kaisers.

London, 5. Dez. Reuter meldet, man könne annehmen, daß die auf der Londoner Konferenz während der beiden letzten Tage vorgebrachten Ansichten des Präsidenten Wilson vollständig geteilt würden und daß diese Mitteilung ihn noch vor seiner Abreise nach Europa erreichte. Es bestehe auch Ursache anzunehmen, daß die Ansichten der Alliierten über die Stellung des früheren deutschen Kaisers mit denen Wilsons übereinstimmen. In verantwortlichen Kreisen herrsche die Meinung vor, daß der Kaiser und die anderen Personen, die während des Krieges das Völkerrecht verletzt haben, vor einen Gerichtshof der assoziierten Regierungen gebracht werden sollten, in dem auch Vertreter der Länder, die am meisten gelitten haben, einen Sitz haben würden.

Der Papst glaubt an einen gerechten Frieden.

Bern, 5. Dez. Agenzia Stefani meldet aus Rom: Der „Osservatore Romano“ veröffentlicht ein päpstliches Rundschreiben, worin die Freude über die Beendigung des Blutvergießens und der Zerstörung zu Wasser, zu Land und in der Luft durch den Waffenstillstand und die Aussicht auf den Frieden ausgedrückt wird. In kurzer Zeit werden sich die Abgesandten der verschiedenen Nationen zu einem Kongreß versammeln, um der Welt einen gerechten und dauerhaften Frieden zu verschaffen. Sie werden alle große und schwere Aufgaben haben und verwickelte Entscheidungen treffen, wie sie bisher nie eine Vereinigung getroffen hat. Es ist nötig zu sagen, wie sie vom göttlichen Lichte erleuchtet werden müssen, um sich ihrer Aufgabe aufs beste zu entledigen.

Putzversuche in Berlin.

* In Berlin kam es gestern nachmittag zu schweren Ausschreitungen, deren Charakter noch nicht genügend aufgeklärt ist. Es scheint aber, daß Berliner Regimenter, denen das Treiben der Liebknechtgruppe über ist, wie die Münchener Garnisonstruppen gegen Eisner gegen das Nebenregiment in Berlin einschreiten wollten. Es erschien gestern nachmittag eine größere Truppenmacht vor dem Sitzungsgebäude des Vollzugsausschusses des A- und S.-Rates; ein Bizetfeldwebel drang mit etwa 30 Gardepionieren in den Sitzungsraum ein und erklärte, er habe den Vollzugsrat im Namen der Reichsregierung zu verhaften. Die Vollzugsräte protestierten, und als sich der Bizetfeldwebel anschickte, seine Absicht auszuführen, erschien der telephonisch herbeigerufene Volksbeauftragte Barth, und erklärte, daß die Reichsregierung mit der ganzen Sache nichts zu tun habe. Gleichzeitig waren auch Tausende von Soldaten und Arbeitern eingetroffen, die für den Vollzugsrat Partei nahmen. So wird von Berlin aus gemeldet. Die Straßenkämpfe werden auf Trümmer zurückgeführt, weil ein Zug von Demonstranten, der aus Kriegsbeschädigten, Arbeitslosen und Deserteuren bestand, von Truppen der Gardefüsiliers beschossen worden ist, weil die Leute der Aufforderung zum Auseinandergehen nicht Folge leisteten. Die Gardefüsiliers sollen vom Generalkommando Auftrag gehabt haben, Demonstrationen zu verhindern, da man wohl nicht mit Unrecht einen bolschewistischen Putsch fürchtete. Es scheint aber doch, daß auch gegenrevolutionäre Bestrebungen dabei in Erscheinung treten. Es ist eben ein Chaos in Berlin, das zu den schlimmsten Befürchtungen Anlaß gibt. Deshalb hat der derzeitige Reichskanzler Ebert auch nicht die Würde eines Präsidenten der Republik angenommen, der ihm in spontaner Begeisterung angeboten wurde. Aber um solchen Putschen künftig besser zu begegnen, trägt sich die Reichsregierung anscheinend mit dem Plan, eine Regierungstruppe aus ehemaligen Unteroffizieren zu bilden.

Die Vorgänge in Berlin.

(W.T.B.) Berlin, 6. Dez. Abends zogen Matrosen und Soldaten mit Gewehren in mehreren Kolonnen vor die Reichskanzlei. Ihr Führer Spiro sagte in einer Ansprache an die Truppen: Deutschland steht vor einer Katastrophe. Wir verlangen, daß die Nationalversammlung auf den 20. Dezember einberufen werden soll. Der Vollzugsrat darf die Regierung nicht länger unter Druck setzen. So bringe ich dem das Hoch auf die deutsche Republik aus und auf ihren ersten Präsidenten, den Genossen Fritz Ebert. — Darauf nahm Ebert das Wort und sagte unter anderem: Ein einheitlicher Wille muß die Geschicke des ganzen Reiches leiten. Die Führung der Geschäfte muß fest in den Händen der Reichsleitung liegen. Vergeßt nicht, daß eure heimkehrenden Kameraden mitwählen sollen. Geduldet euch bis zur Tagung der deutschen A- und S.-Räte am 16. Dezember, die sich über den frühesten Termin der Nationalversammlung schlüssig werden soll. Ebert schloß mit einem Hoch auf die deutsche Sozialdemokratie. — Sodann sagte ein Matrose aus Kiel: Ich habe an Ebert die klare Frage zu richten, ob er unserem Ruf zum Präsidenten der deutschen Republik folgt oder nicht. — Mit fester Stimme antwortete Ebert: Ich werde nichts annehmen, ohne mit der Regierung gesprochen zu haben. — Dann marschierten die Matrosen und Soldaten in geschlossenem Zug ab.

Die Volksbeauftragten Ebert, Scheidemann und Landsberg teilen gleichzeitig mit: Die Reichsregierung steht der Verhaftung des Vollzugsrats vollkommen fern. Die Truppen sind dabei mißbraucht worden. Die Mitglieder des Vollzugsrats sind sofort freizulassen. Die Truppen fordern wir auf, in Ruhe die Kasernen aufzusuchen.

Bermischte Nachrichten.**Die Verzichtsurkunde des Kronprinzen.**

Berlin, 5. Dez. Die Urkunde, durch die der frühere Kronprinz auf seine Rechte an der Krone Preußens und an die Kaiserkrone verzichtet, ist in Berlin eingetroffen. Sie hat folgenden Wortlaut: Ich verzichte hiermit ausdrücklich und endgültig auf alle Rechte an der Krone Preußens und an der Kaiserkrone, die mir, sei es auf Grund der Thronentsagung Seiner Majestät des Kaisers und Königs, sei es aus einem anderen Rechtsgrund, zustehen mögen. Urkundlich unter Unserer höchsten Unterschrift gegeben in Wieringen am 1. Dezember 1918. (gez.) Wilhelm.

Einer von vielen.

(W.T.B.) München, 6. Dez. Nach Blättermeldungen wurden bei einer Durchscheidung der Geschäftsräume der Herrenkleiderfabrik von Jidor Bach zurückgehaltene Herren- und Damenbekleidungsstücke, zum Teil noch aus dem Jahre 1914 stammend, noch vorgefunden. Außer diesen etwa 30 000 Stück wurde auch eine Anzahl Baueingewänder vorgefunden, durch deren Verkauf von der Landbevölkerung Lebensmittel erhalten werden sollten. Bach hat seit Kriegsbeginn an diesen Waren Gewinne zwischen 200 bis 700 Prozent erzielt. Die gesamten Lagerbestände wurden beschlagnahmt.

Aus Stadt und Land.**Der Stand unserer Ernährung.**

Laut „Voss. Ztg.“ hat das Reichsernährungsamt an das Auswärtige Amt eine Note über die Gefährdung der deutschen Ernährungswirtschaft gerichtet, in der es u. a. heißt: Die Versorgung mit Brotgetreide und Kartoffeln bildeten bisher das Rückgrat unserer ganzen Kriegsernährungswirtschaft. Mangel an Arbeitskräften, sowie die Transportkrise haben Ernte und Einwinterung so beeinträchtigt, daß die Vorräte der Hauptwohnbezirke nur noch für wenige Wochen reichen. Die Getreideversorgung ist infolge Wegfalles der Zufuhren aus dem Osten so ungünstig gestellt, daß auch bei Fortdauer der Zufuhr in gleicher Höhe wie im Vorjahr die Lagerbestände nur bis zum 7. Februar reichen würden; dann könnte im günstigsten Falle nur noch eine Tageskopfration von 80 Gramm Mehl, d. h. ein Drittel der Menge der heutigen Ration verteilt werden. Die Unmöglichkeit des Abtransportes der in Rußland angekauften Weisensaat gestattet nur noch die Fettaufgabe bis zum 1. April, und zwar nur eines Tageskopfsatzes von 3,3 Gramm. Auch die Fleischration von 100 Gramm pro Kopf und Woche kann nur unter Zuhilfenahme ganz beträchtlicher Zufuhren aufrechterhalten bleiben; sonst müßte eine starke Herabsetzung aller wichtigsten Lebensmittelrationen spätestens Anfang Februar erfolgen und damit der zur Zeit ein Drittel des normalen Durchschnittsnährwertes betragende Nährwert um etwa die Hälfte vermindert werden. Das würde ein langsames, aber sicheres Verhungern bedeuten.

Katholische Gottesdienste.

Sonntag (2. Adventssonntag und Fest Mariä unbesleckte Empfängnis), 8. Dezbr.: 8 Uhr: Frühmesse. — 9 1/2 Uhr: Predigt und Amt. — 1 1/2 Uhr: Christenlehre. — 2 Uhr: Andacht. — Montag, 8 1/2 Uhr: Lazarettgottesdienst in Bad Liebenzell. — In den übrigen Tagen Pfarrmesse in Calw um 8 Uhr. — Freitag, abends 6 1/2 Uhr: Friedensandacht.

Für die Schriftl. verantwortl. Otto Seltmann, Calw. Druck und Verlag der A. Dellschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Bekanntmachung betr. Ausdehnung der Versicherungspflicht und Versicherungs- berechtigung in d. Krankenversicherung.

Durch die Verordnung des Rats der Volksbeauftragten und des Staatssekretärs des Reichsarbeitsamts vom 22. 11. 1918 sind vom 2. 12. 1918 an die seither infolge Ueberschreitens eines Jahresarbeitsverdienstes von 2500 Mk. befreit gewesenen Betriebsbeamten, Werkmeister, Handlungsgehilfen, Lehrer usw. versicherungspflichtig geworden, wenn sie nicht mehr als 5000 Mk. Jahreseinkommen beziehen. Bei einem Jahreseinkommen von mehr als 5000 Mk. können sie sich nach § 313 RVO. freiwillig weiterversichern. Sie können dann in eine niedrigere Lohnstufe übertreten, aber nur mit Zustimmung des Kassenvorstandes. Diejenigen Kassenmitglieder, die während des Krieges infolge Ueberschreitens der Einkommensgrenze von 2500 Mk. bezw. 4000 Mk. aus der Kasse ausgeschieden sind, können innerhalb 6 Wochen vom 2. Dezember 1918 an gerechnet nach § 313 RVO. ihre Wiederaufnahme in die betreffende Krankenkasse beantragen, sofern sie nicht jetzt sowieso versicherungspflichtig durch diese Verordnung geworden sind. Die Kasse kann diese Berechtigten, wenn sie sich zum Beitritt melden, ärztlich untersuchen lassen.

Die Anmeldung der nach dieser Verordnung Versicherungs-pflichtigen hat bis spätestens 12. Dezember ds. Js. auf gewöhnlichem Meldedruck bei der Kasse zu erfolgen.

Calw, den 5. Dezember 1918.

Allg. Ortskrankenkasse für den Oberamtsbezirk Calw.
Vorstandsvorsitzender: Blank. Verwalter: Proß.

Zavelstein, den 7. Dezember 1918.

Todes-Anzeige.

Tiefbetruibt teilen wir Verwandten, Freunden und Bekannten mit, daß auch unser zweiter Bruder Schwager und Onkel



Michael Anmacht,
Reservist,

im Alter von 26 Jahren nach treuer Pflichterfüllung fürs Vaterland gefallen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Trauer Gottesdienst Sonntag, den 8. Dezember, nachm. 2 Uhr.

Möbel- u. Küchengeräth-Versteigerung

Wegen Entbehrlichkeit verkaufe ich am Montag, den 9. Dez., nachmittags von 1/2 Uhr an, im Hause des Privatmann Reichert, Bischoffstraße 453, unten im Hof, gegen Barzahlung:

1 polierter Damenschreibtisch, 1 Ruhebett, 1 Waschtisch mit Vorhang, 1 Hausapotheke, 1 Fußschemel, 1 silberne Remontoir-Herrenuhr, 1 Wecker, 1 Reifzeug, Schirme, 1 Schemel, 1 Kaffeete, Küchengeräth (verschiedenes), Bügeleisen, Rahmen, Schlitten, eiserne Bettlade mit Kofsch, sowie allgemeiner Hausrat.

Liebhaber sind eingeladen.

Stadtinventierer Kolb.

Für Kranke und Genesende

empfehlen wir vorzügliche alte

Rot- und Weiß-

Weine

zu mäßigen Preisen

Gehr. Emendörfer, zum „Döfen“, Liebenzell.

Seid eingedenk der Heldentaten
unserer heimkehrenden Krieger!

Ein weißer Kinderpelz
von Marktplatz bis Badstraße
verloren. Bitte abzugeben bei
Straßenwärter Schmid,
Entenschnabel.

Bad Liebenzell.

20 Mk. Belohnung dem-
jenigen, der mir die Per-
son feststellen kann, die die
unwahren Gerüchte über
mich verbreitet, damit sie
gerichtlich belangt werden
kann.

Ludwig Burghardt.

Heirats-Gesuch.

Junger Landwirt, 35 Jahre
alt, vermögend, von angenehmem
Neußern und mit nur guten Eigen-
schaften ausgestattet, sucht auf diesem
Wege eine passende Lebensgefährtin.
Nur Einheirat in eine Familie mit
angenehmem landwirtschaftl. Besitz
oder Hofgut. Ernstgemeinte Anträge
erbitte mit Angabe der Verhältnisse
und Photographie unter P 10 an
die Geschäftsstelle ds. Blattes zur
Weitergabe.

Eine bessere

3- eventl. 2- Zimmer-
Wohnung

wird zu mieten gesucht.

Angebote unter P 100 an die
Geschäftsstelle des Blattes

20000 Meter
Drahtgeflecht,

viereckig, sofort lieferbar
abzugeben.

Ehr. Pfeiffer, Pforzheim,
Maschinenfabrik,
Durlacherstraße 22.

Wasser-Stiefel,

hohe, Nr. 43, verkauft. Zu erfrag.
Lederstraße 168, I.

Landwirte!

Zur Bekämpfung von
Krankheiten der Schweine
spec. Krampf u. Rotlauf,
zur Aufzucht u. Erhaltung
eines gesunden Tierbe-
standes gebraucht einzig
und allein die ächte

Hirsch-Universal-

Komposition.

Niederlage in der
Neuen Apotheke zu Calw.

Althengstett.

2 Rüh-

mit Rälber,

darunter eine Fahr-Ruh,
verkauft

Niethammer, z. Linde.

Eisenbahn- und Postpersonal!

Nächsten Sonntag, den 8. Dezember, nachmittags
1 Uhr findet im Saale der Brauerei Dreiß in Calw eine

Bersammlung der Verkehrsangestellten

statt, in der unsere Vertreter

über die gegenwärtige Lage

sprechen werden.

Das gesamte Eisenbahn- und Postpersonal mit seinen erwachsenen
Familienangehörigen wird hiezu eingeladen.

Bund der Württbg. Verkehrsbeamten.

Zwei gebrauchte, gutehaltene



Faß

sind preiswert zu ver-
kaufen.

Zwinger 294.

Nischelberg.

1 Paar prima
Zug-



Döfen

mit Rälberzähnen 24 Ztr. schwer
hat wegen Anschaffung von Pferden
zu verkaufen.

Gustav Frey.

Siehdiaffür.

Einen 10 Monate alten, schönen

Zucht-



Zarren

hat zu verkaufen

Leopold Luz, Holzhauer.

**RECHNUNGEN
BRIEFBOGEN
MITTEILUNGEN**

LIEFERT IN NEUZEITLICHER
AUSFÜHRUNG RASCH DIE

A. OELSCHLÄGER'SCHE
BUCHDRUCKEREI, CALW
LEDERSTR. 101 II FERNSPR. Nr. 9

Bettmässen.

Alt. u. Geschl. angeben
Auskunft kostenlos durch
Merkur Versand, G. Zwerenz,
München 6 a, Neureutherstr. 13

Verkaufe eine gute, trüchtige

Ziege

G. Oelschläger, Ernstmühl.

Altbulach.

Eine saubere, mit dem 3. Kalb
39 Wochen trüchtige

Fahr-

Ruh

verkauft

Jakob Rupp,
Schreinermeister.

Emberg.

Eine mit dem 4. Kalb 31 Wo-
chen trüchtige

Schaff-

Ruh

steht dem Verkauf aus.

J. Georg Luz.

Martinsmoos.

Sege eine gutgewöhnte

Ruh

mit dem 1. Kalb

4 Wochen alt, dem Verkauf aus.

Ad. Bäuerle.

Pferde- Versteigerung.



Am 5. Dezember 1918 werden täglich bis
auf Weiteres von vormittags 9 Uhr ab
in Ludwigsburg auf dem Reithausplatz

Pferde jeden Schlages

zu den bekannten Bedingungen der Heeresverwaltung an
den Meistbietenden verkauft. Halfter sind mitzubringen.
Kriegsanleihe wird bis zu vollen Hundertmarkbeträgen
des Kaufpreises in Zahlung genommen. Händler sind
vom Verkauf ausgeschlossen.

1. Ersatz-Pferde-Depot Ludwigsburg, Reithausplatz.

Lichtspieltheater Calw Bad. Hof

Vorstellungen Samstag $\frac{1}{2}$ 7 Uhr abds.
u. Sonntag von 3 Uhr ab.
Programmumfang je 3, 5 und 7 Uhr.

Wenn zwei sich lieben.

Großes Drama in 3 Akten.

Komteß Else.

Reizendes Lustspiel in 3 Akten.

Bienenzucht.

Preise für Militär 50 und 30 J.
Bitte die Anfangszeiten zu beachten.

Reichhaltiges Lager

in

Spielwaren aller Art

bringe in empfehlende Erinnerung

H. Köhm, Marktplatz 46.

Spiegel u. Rahmen

in grosser Auswahl

Einrahmen

v. Bildern u. Brautkränzen

in einfacher u. moderner Ausführung bei

W. Schwämmle, Rahmen-Geschäft.

Photographisches Atelier C. Fuchs, Calw

empfiehlt sich für

Vergrößerungen

in bester Ausführung zu bekannt mässigen Preisen. — Telefon 87.
Sämtliche Artikel und Arbeiten für Liebhaberphotographen.

Meine

Spielwaren-Ausstellung

ist eröffnet und bietet in jeder Preislage reiche Auswahl in Geschenken für Knaben und Mädchen.

Großes Lager in Christbaumschmuck.

Bitte ohne Kaufzwang um Besichtigung, ebenso bitte mein Spezial-Schaufenster zu beachten.

K. Schlag, gegenüber der „Post“, Liebenzell.

Die letzten 3 Sonntage vor Weihnachten bis 6 Uhr geöffnet.

Echt wollene

Einfäßligen

sind zu haben bei

W. Entenmann.

Anfertigung

von

Corsetten u. Leibchen

aus neuen od. gebrauchten Stoffen.

Emilie Herion.



Alle Musik-Instrumente

für Haus u. Orchester von den einfachsten Schüler- bis zu den feinsten Künstler-Instrumenten aller Zudehör Saiten u. f. w. in reicher Auswahl empfiehlt Musikhaus Curth, Pforzheim, Leopoldstr. 17 (Arkaden Niedelsch-Rohbrücke.)
Großhandlung. — Einzelverkauf.
Ankauf abgepiel. Grammophon-Platten und Bruch, zum festgesetzten Höchstp. v. Mk. 1.75 per kg. Ausführung aller Reparaturen und Stimmen.

Feldpost-Schachteln

aus fester, starker Lederpappe, in 6 Größen. Musterpakete mit 60 Schachteln Mk. 12.— Nachn.

Ansichtskarten

100 ff. verschiedene Serien-, Glückwunsch-, Soldaten-, Blumen-, Mädchen- etc. Postkarten, 100 Muster Mk. 6.—

Glückwunschkarten

für alle Zwecke mit Kuvert 100 Stück Mk. 5.—

Briefmappen

mit 5 ff. Briefbogen und 5 Hüllen. 16 Mustermappen 4 Mk. Paul Rupp, Freudenstadt, Nr. 223 (Württ.)

Kaufe ständig

Fleisch von gefall. Vieh,

jeder Art,

zu Fischfutterzwecken

Ankauf amtlich erlaubt.

H. Gropp Rohrdorf-Nagold
Telefon 60.

Bank für Handel und Industrie

(Darmstädter Bank)

Niederlassung Pforzheim, Luisenstr. 56

Aktienkapital und Reserven: 192 Millionen Mark

Niederlassungen an etwa 80 Plätzen Deutschlands.

Besorgung aller bankmässigen Geschäfte.

Meiner verehrten Kundschaft von Stadt und Land zur gefälligen Mitteilung, dass ich meine reichhaltige

Spielwaren-Ausstellung

eröffnet habe

und lade zur gefälligen Besichtigung höflich ein.

Hans Heimgärtner

L. Kempf Nachf.

Fertige Blusen, Röcke, schwarze u. farbige Blusenstoffe, Burschenanzüge, Hosen usw.

empfiehlt

Emil Oesterlin, Hirsau.

Das allgemein beliebte und wohlbekömmliche

natürliche Mineralwasser

Teinacher Hirschquelle

ist in stets frischer Füllung erhältlich bei

Frau Volz Wwe., z. Krone a. Marktpl. in Calw.

Fahrnis-Versteigerung.

Wegen Entbehrlichkeit verkauft am Mittwoch, den 11. Dezember (Schmermarkt) nachmittags von $\frac{1}{2}$ 2 Uhr, im Metzger Sieglerschen Hause, Lederstraße 178, gegen Barzahlung:

1 Piano gut im Ton, 1 neuen und 1 älteren Auszugtisch, 1 Klapptisch, 1 Divan, 1 polierte Bettlade mit Koff, 1 lackierten eintürigen Kleiderkasten, 1 Waschtisch mit Vorhang, 1 rundes gestochenes Tischle und 2 Sessel, 1 kleiner runder und 1 viereckiger Tisch, 1 Bücherständer, 1 Reißbrett, Bettstücke, schöne Porträts, etwas Küchengeschirr, 1 größeren Davoser Schlitten mit 2 Bremsen. Schlittschuhe, sow. allg. Hausrat
Bemerkt wird noch, daß das Piano sehr gut im Ton und gut erhalten ist.
Liehaber sind eingeladen.

Stadlinventierer Kolb.